

Ex-Außenminister beklagt politische Instabilität in Afghanistan

Schwerte (epd). Der frühere afghanische Außenminister Salmai Rassul hat Demokratiedefizite und Korruption für die politische Instabilität in seinem Land verantwortlich gemacht. Auch eine fehlende Legitimation der 2014 gebildeten Regierung der nationalen Einheit unter Präsident Aschraf Ghani sei Grund für die deutliche Verschlechterung der Sicherheitslage, sagte Rassul am Sonntag auf der 30. Afghanistan-Tagung der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte. Er kritisierte zudem eine zunehmende Politisierung in den Führungspositionen des Militärs.

„Die Soldaten wissen manchmal gar nicht mehr, gegen wen sie kämpfen sollen“, erklärte der ehemalige Außenminister, weil auf der anderen Seite Angehörige der gleichen Minderheit ständen, der sie selbst angehörten. Neben der Politisierung sei teilweise auch eine Vergabe der Kommandeursposten nach ethischen Gesichtspunkten zu beklagen.

Oberst Ullrich Spannuth, im Bundesverteidigungsministerium zuständig für die Region Asien, Ozeanien und Amerika, sagte, die deutsche Heeresleitung klage darüber, bei Ausbildung und Training der afghanischen Sicherheitskräfte jedes Jahr von neuem anzufangen. Rassul ergänzte, dass 30 Prozent der afghanischen Soldaten jedes Jahr ausschieden: zwischen fünf und zehn Prozent durch Verwundung oder Tod, 20 Prozent durch auslaufende Verträge, aber 70 Prozent durch Desertion. Grund seien die beschriebenen Missstände. Spannuth betonte, er sehe trotz der durch Anschläge und Kämpfe der Taliban verschärften Sicherheitslage Fortschritte im Vergleich zu den ersten Jahren des deutschen Afghanistan-Einsatzes. Der Oberst räumte aber ein, dass sich die Lage nach dem Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in Masar-e-Scharif, der zur vorübergehenden Schließung geführt hat, noch weiter zugespitzt hat.

Der Leiter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, Alexey Vusopov, sprach von einem Paradigmenwechsel in der deutschen Afghanistan-Politik. Bis 2015 habe Deutschland in Afghanistan im Unterschied zu den USA und anderen Staaten keine strategischen Ziele verfolgt. Seit der Fluchtbewegung im vergangenen Jahr versuche die Bundesregierung, mit den für die kommenden vier Jahre zusagten Mittel von 1,7 Milliarden Euro die innenpolitische Lage in Afghanistan zu stabilisieren.